

AKTIV

Von Compact:

Am letzten Montag hat die Bundesregierung im EU-Ministerrat überraschend für eine wegweisende Entscheidung gesorgt: Die EU-Kommission kann Österreich und Ungarn nicht dazu zwingen, ihre Gen-Mais-Verbote aufzuheben. Ein großer Erfolg, zu dem auch die Aktionen von Compact beigetragen haben! Nun hat Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner in Deutschland keine Ausrede mehr: Sie muss den Gen-Mais MON810 auch bei uns verbieten!

Unterzeichnen Sie (bis 15.04.2009) den Appell an Ilse Aigner!

<http://www.compact.de/gentec/sn3/signer>

Die Zeit drängt: Bereits im April soll die Aussaat von MON810 beginnen, der bisher einzigen bei uns kommerziell angebauten Gen-Pflanze. Geplant ist der Anbau auf rund 3.750 Hektar Ackerland. Ilse Aigner hat bereits zugesagt, ein Verbot des Gen-Mais zu prüfen. Jetzt muss sie ihren Worten sofort Taten folgen lassen! Sie muss ein Anbauverbot erlassen, bevor die Saat im Boden ist!

=====

CHEMIKALIEN in BEKLEIDUNG

Schadstofffreie Bekleidung: Immer der Nase nach / Auf TOXPROOF-Siegel von TÜV Rheinland achten / Vorsicht bei Lederwaren und Gummimaterialien / Öko-Kleidung ist weitgehend unbelastet

Köln (ots) - Der seltsame Geruch der Gummistiefel ist der Kundin schon im Laden aufgefallen. "Das liegt bestimmt daran, dass sie neu sind", denkt sie sich und kauft sie. Doch auch zu Hause verfliegt der Geruch nicht. Für Andreas Metzger, Experte von TÜV Rheinland, ist das nicht überraschend: "Was so unangenehm riecht, sind die polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe, kurz PAK, die im Gummi enthalten sind." PAK sind Krebs erregend und dringen durch die Haut. "Nach einer Stunde Hautkontakt muss der Körper mit der Schadstoffbelastung von 1000 Zigaretten fertig werden", erklärt der Experte. Deswegen sollten Schuhkäufer vor allem bei Gummistiefeln auf das TOXPROOF-Siegel von TÜV Rheinland achten. Dieses garantiert, dass die gemessenen Schadstoffwerte mindestens 50 Prozent unter der gesetzlichen Norm liegen.

Auch bei anderen Textilien empfiehlt es sich, schon beim Einkauf den Riechtest zu machen. "Erweckt bereits der Geruch Misstrauen, ist das Produkt aller Wahrscheinlichkeit nach belastet", betont Andreas Metzger. Das ist besonders oft bei Leder der Fall. Beim Gerben entstehen nämlich häufig Chromsalze, die die Haut reizen und Allergien auslösen können. Vorsicht ist auch geboten bei Lederkleidung aus Fernost. Um diese zu behandeln oder imprägnieren, nutzt man dort vielfach noch PCP (Pentachlorphenol) - ein Schadstoff, der in Deutschland gesetzlich verboten ist. Hiesige Hersteller greifen daher oft auf Ersatzstoffe wie TeCP (Tetrachlorphenol) zurück, die nicht weniger bedenklich sind. TeCP kann genauso schwere Allergien auslösen wie PCP. "TeCP gehört zu den kennzeichnungspflichtigen Stoffen", erklärt der Experte.

Auch Strumpfhosen sind nicht ganz unbelastet. Zum Färben des Polyester- oder Polyamidmaterials werden Dispersionsfarbstoffe verwendet, die ebenfalls allergische Reaktionen auslösen können. Umwelt- und gesundheitsfreundliche Alternativen bieten Öko-Textilien, die nicht nur von Umweltorganisationen, sondern inzwischen auch von konventionellen Versandhäusern angeboten werden. "Da Öko-Textilien weitgehend unbelastet sind, sind sie gut für die Nase - und die Haut", bestätigt Andreas Metzger.

Originaltext: TÜV Rheinland Group. Email: presse@de.tuv.com Internet: www.tuv.com/presse

Anmerkung Scherrmann: Es ist erfreulich, dass es immer mehr Oekotextilien gibt. Sie sind uebrigens nicht nur "gut fuer Nase - und die Haut" sondern auch fuer das Gehirn.

=====

CHEMIKALIEN in SPIELWAREN

06.02.2009

Zu viel Gift in Spielwaren - Kritik von Verbänden und Umweltschützern

NÜRNBERG (dpa). Umweltschützer und Menschenrechtler haben auf der Nürnberger Spielwarenmesse am Freitag die Zustände in der weltweiten Spielwarenindustrie angeprangert. Viele Spielwaren enthielten noch immer zu hohe Konzentrationen giftiger Stoffe, sagte der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger.

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/allergien/default.aspx?sid=532002>

Gift-Cocktail Kinderspielzeug: BUND mahnt Hersteller zu mehr Verantwortung und fordert schärfere Gesetze

Nürnberg (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnte heute anlässlich der Internationalen Spielwarenmesse in Nürnberg vor Gesundheitsschäden durch Schadstoffe in Kinderspielzeug. Immer wieder wiesen Tests vom Magazin Öko-Test, von Stiftung Warentest oder dem TÜV Rheinland hohe Konzentrationen gefährlicher Chemikalien, z. B. von Blei in Spielzeugautos oder Weichmachern in Puppen, nach. Die geltenden Gesetze, wie die neue europäische Spielzeugrichtlinie und das bisherige Chemikaliengesetz, böten keinen ausreichenden Schutz. Nach Ansicht des BUND müssten deshalb die Hersteller von Kinderartikeln eine gesundheitlich unbedenkliche Qualität sicherstellen und durch geeignete Prüfsiegel erkennbar machen.

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: "Es dürfen nicht länger Geschäfte auf Kosten der Kindergesundheit gemacht werden. Die Gesetzesmühlen mahlen angesichts der hohen Gefahr viel zu langsam. Deshalb sind die Hersteller gefordert, sich umgehend auf höhere Qualitätsstandards festzulegen." Da Kontrollen durch unabhängige Institute nicht vorgeschrieben seien, müssten Hersteller diese künftig aus Eigeninitiative veranlassen. Weiger: "Statt bunt oder schrill, muss gesund zu einem Kriterium werden. Die Branche muss sich von schwarzen Schafen eindeutig distanzieren."

Der BUND kritisierte die erst kürzlich verabschiedete europäische Spielzeugrichtlinie als mangelhaft. Die dort festgelegten Grenzwerte reichten für den Gesundheitsschutz von Kindern nicht aus und würden weder für inländische Produkte noch für Importe hinreichend kontrolliert. Zudem würden viele für Kinder hergestellte Produkte nicht erfasst. Dazu zählten z. B. die oft hoch mit Weichmachern belasteten Schwimmhilfen. Weichmacher störten erwiesenermaßen das empfindliche Hormonsystem von Kindern.

Heribert Wefers, BUND-Chemieexperte: "Die hormonartig wirkenden Substanzen können in bereits sehr geringen Konzentrationen zu diversen Entwicklungsstörungen und nachfolgenden Erkrankungen im späteren Leben führen." Auch einige der typischen Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Herz-Kreislaufkrankheiten seien mit hormonartigen Schadstoffen in Verbindung zu bringen. Untersuchungen zeigten, dass die Körper vieler Kinder schon im hohen Maße mit diesen Stoffen belastet sind.

Bereits jetzt gäbe es für alle in Spielzeug gefundenen Schadstoffe ungefährlichere Alternativen. Ein verpflichtender Austausch schädlicher gegen unschädliche Stoffe könne durch eine konsequente Umsetzung der neuen europäischen Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) gewährleistet werden.

Verbrauchern empfiehlt der BUND, weniger, dafür qualitativ hochwertigeres, Spielzeug zu kaufen und auf ein Prüfsiegel einer unabhängigen Untersuchungseinrichtung, wie dem TÜV Rheinland oder der Landesgewerbeanstalten LGA, zu achten. Das gesetzlich vorgeschriebene CE-Zeichen besage nicht viel, da die Hersteller es - ungeprüft - an sich selbst vergeben.

Testergebnisse finden Sie u. a. im "Jahrbuch Kleinkinder" von Öko-Test (2009).

Einen BUND-Hintergrund finden Sie im Internet unter
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/chemie/20090206_chemie_schadstoffe_in_spielzeug_hintergrundpapier.pdf

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

05. 02. 2009

Von Düften umzingelt

Von Dieter Weirauch

<http://www.gesund-magazin.de/artikel/von-duften-umzingelt>

Anmerkung Scherrmann:

Ich bin nicht gerade gluecklich ueber meinen Part bei dem Artikel, trotzdem finde ich es wichtig, dass in einer Zeitung der Springer-Presse ausfuehrlich auf die gesundheitsschaedlichen Auswirkungen des Duftmarketing hingewiesen wird.

CHEMIKALIEN - OESTROGENE

Kaugummi und Shrimps enthalten Östrogene

Nachweis östrogen wirkender Stoffe bei Konservierungsmitteln

Ein Zusatzstoff von Shrimps wirkt östrogen, sagen italienische Forscher (Foto: pixelio.de/Barndt)

Parma/Graz - Geläufige Zusatzstoffe von Nahrungsmitteln könnten östrogene Wirkung besitzen, von der man bisher nichts wusste. Das berichten Biochemiker der Universität Parma
<http://www.chim.unipr.it> in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift Chemical Research in Toxicology. Die Forscher überprüften eine neue Nachweismethode für östrogen wirkende Substanzen an einer Datenbank von 1.500 als Nahrungszusatz verwendeten Stoffen. Dabei wurde erstmals die östrogene Wirkung eines bekannten Konservierungsstoffes und einer Substanz, die gegen Verfärbungen bestimmter Nahrungsmittel eingesetzt wird, identifiziert.

<http://presstext.de/ptepint.mc?pte=090305033>

CHEMIKALIEN - PAH

16. 02. 2009

Epigenetik erklärt Asthmarisiko von Kindern durch Autoabgase

New York City – Eine erhöhte Exposition mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAH) in der Schwangerschaft ging in einer Studie in PLoS ONE (2009; 4(2): e4488) mit epigenetischen Veränderungen im Nabelschnurblut einher...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=35462>

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

**Chemikalien im Wasser machen Männer unfruchtbar
Schlechtere Spermaqualität durch giftige Rückstände
Pestizide, Antibabypille & Co gefährden das Sperma**

Berlin/Linz (pte/19.01.2009/13:59) - Chemikalien im Trinkwasser könnten die Fortpflanzungsfähigkeit von Männern gefährden. Das besagt eine britische Studie, die drei Jahre lang das Wasser aus 30 Flüssen Englands unter die Lupe nahm. Die Biologen fanden einen Mix chemischer Substanzen, die über den Wasserkreislauf in den Körper gelangen, beim Mann das Hormon Testosteron blockieren und damit seine Fruchtbarkeit beeinträchtigen. Frühere Erhebungen hatten bereits die ansteigende Dosis des Frauenhormons Östrogen im Wasser als Ursache für die Verweiblichung männlicher Fische identifiziert. Studienleiterin Susan Jobling von der Brunel University <http://www.brunel.ac.uk> betont, dass chemische Ursachen für Hormonschäden bei Tier und Mensch komplexer seien als angenommen. "Dieselbe Kombination der die Fische schädigenden Chemikalien ruft beim Menschen wahrscheinlich dieselben Effekte hervor", so die Biologin. Was genau zur dieser Verschmutzung führt, wird derzeit erforscht.
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=090119024>

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

26.02.2009

Krebspatienten in Oesterreich fordern von Politik totales Rauch- und Tabakverbot

35.000 Neuerkrankungen und 17.000 Tote sind zu viel Krebspatienten fordern von Politik totales Rauch- und Tabakverbot

<http://presstext.at/news/090223029/einladung-zur-pressekonferenz-krebspatienten-fordern-sofortigen-rauchstop/>

13.02. 2009

Studie: Passivrauchen macht dumm

Cambridge – Eine ausgeprägte passive Exposition mit Tabakrauch kann möglicherweise die kognitiven Fähigkeiten beeinträchtigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Querschnittsstudie im Britischen Ärzteblatt (BMJ 2009; 338; b462). Viele Raucher behaupten zwar, dass Nikotin ihre Konzentrationsfähigkeit steigert. Auf die Dauer begünstigen die Schadstoffe des Tabakrauchs jedoch den kognitiven Abbau bis hin zur Demenz, was für aktive Raucher durch zahlreiche Studien belegt ist (Meta-Analyse im unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=35446>

05.03.09

Frankreichs Tabakwerbeverbot verstößt nicht gegen Pressefreiheit

Straßburg – Mit seinen strengen Regeln gegen Tabakwerbung in Zeitungen und Zeitschriften verstößt Frankreich laut einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht gegen die Pressefreiheit. Die Richter wiesen am Donnerstag eine Klage [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=35677>

=====

CHEMIKALIEN im WASSER

06.02.2009

Indiens größtes Drogenproblem: Medikamente in Abwässern

Antibiotikaresistenzen als Auswirkungen der Umweltverschmutzung

Joakim Larsson und sein Team haben Abwässer in Indien untersucht

London/Göteborg - Noch nie zuvor haben Wissenschaftler derart hohe Konzentrationen von Medikamenten in der Umwelt gefunden wie in einem Fluss nahe der Stadt Hyderabad. In einer nun veröffentlichten Studie haben schwedische Forscher um Joakim Larsson vom Sahlgrenska Academy

der Universität Göteborg <http://www.sahlgrenska.gu.se> über die Gefahren der chemischen Keulen im Fachmagazin "Environmental Toxicology and Chemistry" und "Regulatory Toxicology and Pharmacology" berichtet.

<http://www.presse-text.de/pte.mc?pte=090206003>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Vom Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.:

Klage gegen Funkmasten erfolgreich - Jahrelanger Rechtsstreit beendet

Auch in Wohngebieten installieren Mobilfunkbetreiber seit Jahren immer mehr Antennenmasten - oft gegen den Widerstand der Anwohner. Ein Mann aus Essen hatte nun mit der Klage gegen eine Anlage Erfolg.

Mehrere Jahre hat sich ein 69-Jähriger aus Essen-Burgaltendorf vor Gericht gegen einen Antennenwald in seiner Nachbarschaft zur Wehr gesetzt. Jetzt gab das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster seiner Klage gegen die Stadt Essen Recht. Eine derartige Ansammlung von Sendemasten verändere den optischen Charakter des Ortsteils nachhaltig und sei deshalb nicht zulässig, urteilten die Richter (Az: 10A2999/07). Eventuelle gesundheitliche Gefahren durch Elektromog spielten bei der Entscheidung keine Rolle. Das Urteil ist endgültig, eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht ließ das Gericht nicht zu.

Fünf Masten und 18 Antennen Mehr zum Thema siehe Link:

http://www.wdr.de/themen/panorama/26/essen_mobilfunkmasten/index.jhtml

21.01.2009

Bundesregierung: Grenzwerte schützen ausreichend vor Mobilfunkstrahlung

Umwelt/Unterrichtung

Berlin: (hib/MEN) Die Bundesregierung geht zum Abschluss des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms (DMF) davon aus, dass die geltenden Grenzwerte zum Schutz vor Mobilfunkstrahlung ausreichend sind. Das geht aus der Unterrichtung über die Forschungsergebnisse hervor (16/11557 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/115/1611557.pdf>). Die Regierung beruft sich dabei auf die Bewertungen durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und die Strahlenschutzkommission (SSK). "Die zu Beginn des DMF bestehenden Hinweise auf mögliche Risiken konnten durch die DMF Projekte nicht bestätigt werden", heißt es in der Unterrichtung. Das DMF war im Jahr 2002 auf Anregung der SSK vom Bundesumweltministerium initiiert worden. Mit der Durchführung wurde das BfS beauftragt. Ziel des DMF war es, Fragen zu möglichen gesundheitlichen Risiken sowie zu grundsätzlichen biologischen Wirkungen und Mechanismen der beim Mobilfunk verwendeten hochfrequenten elektromagnetischen Felder wissenschaftlich nachzugehen. Zu diesem Zweck wurden insbesondere Studien vergeben, in denen Hinweisen auf biologische Effekte unterhalb der Grenzwerte nachgegangen wurde. Darüber hinaus wurde versucht, Ursachen für das Auftreten des Phänomens Elektrosensibilität zu finden. Ein weiterer Schwerpunkt war die Untersuchung der gesellschaftlichen Risikowahrnehmung und die Erarbeitung von Möglichkeiten für eine Verbesserung der Risikokommunikation. Ein Nachweis der Unschädlichkeit der Technologie sei nicht Gegenstand des Programms gewesen, schreibt die Bundesregierung; ein solcher Nachweis sei wissenschaftlich nicht möglich. Die Unterrichtung enthält eine Auflistung und eine Kurzbeschreibung der DMF Projekte.

Kommentar:

27.01.2009

Mobilfunk: Bundesärztekammer widerspricht den Verharmlosungen der Bundesregierung <http://omega.twoday.net/stories/5468470/>

Von www.diagnose-funk.org :

27. 02. 2009

Dr. Thomas Rau, medizinischer Leiter der weltbekannten Paracelsus-Klinik in Lustmühle, Schweiz, sagt, er sei davon überzeugt, dass eine "elektromagnetische Belastung" zu Krebs, Konzentrationsproblemen, ADD, Tinnitus... <http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/033ea299710102001/033ea29bbf07f0301.html>

26. 02. 2009

Das Paulprojekt

Fünf Oberstufenschüler entwickelten gemeinsam mit dem Physik- und Mathematiklehrer Herrn Wäckerle ein Gerät, das rauchmelderartig funktioniert und erkennt, wenn noch ein Handy an ist.

Denn jedes Mobiltelefon, auch wenn es gerade nicht benutzt... <http://www.diagnose-funk.org/033ea29b4e0771208/033ea299c70b7bf05/033ea29bbe12c6401.html>

Mehr direkt unter <http://www.paulprojekt.de/Home.html>

25. 02. 2009

Krebsinzidenz im Umkreis eines Mobilfunksenders

In einem geschlossenen, isolierten Ortsteil einer westfälischen Stadt wurde im 400-Meter-Umkreis einer Mobilfunksendeanlage von 2000-2007 die Krebsinzidenz mittels Haus-zu-Haus-Erfassung erhoben.... <http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/00000097fb1402903/000000980d0f44d04/033ea29bbd08c6501.html>

18. 01. 2009

Katastrophe für die öffentliche Gesundheit

Sandrine Wittman ist Molekularbiologie-Forscherin am Léon Bérard Cancer Research Centre in Lyon. Für diese Bürgerin von Chassieu, wo ihre Kinder in die Louis Pradel Primarschule gehen, wäre die Errichtung...

<http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/033ea299710107705/033ea29b970cfc227.html>

=====

GRUENE GENTECHNIK

03.03.2009

Österreich und Ungarn dürfen Genmais- Anbau untersagen

Es ist eine Grundsatzentscheidung mit Signalwirkung auch für Deutschland: Österreich und Ungarn müssen ihr Anbauverbot für Genmais vorerst nicht aufheben. Die EU-Kommission scheiterte mit einem entsprechenden Antrag. mehr...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,610777,00.html#ref=nldt>

18.02.2009

Bundestag:

Verbot von Gen-Mais gefordert

Ernährung und Landwirtschaft/Antrag

Berlin: (hib/HLE) Verkauf und Aussaat der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 soll in Deutschland verboten werden. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (16/11919 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/119/1611919.pdf>). Die Bundesregierung soll sich außerdem auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass es nicht zur Zulassung von zwei weiteren gentechnisch veränderten Maissorten kommt. Außerdem fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Unterstützung für die Länder Österreich, Frankreich und Ungarn, die Einfuhrverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen erlassen haben und von der EU-Kommission gezwungen werden sollen, diese Einfuhrverbote wieder aufzuheben.

Die Fraktion meldet schwere Bedenken gegen zwei weitere, offenbar vor der Zulassung stehende, gentechnisch veränderte Maissorten an. Diese seien wegen ihrer schädlichen Wirkungen für Insekten wie Bienen und andere Organismen besonders bedenklich. "Sie gehören zur Gruppe der insektenresistenten Gentech-Pflanzen, denen ein Gen aus dem Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* (Bt) übertragen wurde, so dass sie in allen Pflanzenteilen ein Insektengift produzieren", schreibt die

Fraktion in ihrem Antrag. Die Pflanzen seien außerdem resistent gegen ein Herbizid, das wegen erster Risiken für Mensch und Umwelt vom Markt genommen werden musste.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert, dass die wesentlichen Schutzziele des EU-Gentechnikrechts nicht erreicht worden seien. Der Schutz von Mensch und Umwelt sowie die Gewährleistung des Schutzes gentechnikfreier Landwirtschaftsformen "werden in den letzten Jahren zunehmend durch die Umsetzungspraxis der EU-Kommission sowie durch die starke Verflechtung der Experten in den Zulassungsbehörden mit der Agro-Gentechnik gefährdet", schreibt die Fraktion.

05.02.09

Greenpeace veröffentlicht interaktive Deutschlandkarte zu Gen-Mais 2009 / Gutachten zeigt: Es mangelt an Kontrollen beim Anbau von Gen-Mais

Hamburg (ots) - Seit heute ist der Anbau von Gen-Mais etwas transparenter. Auf einer interaktiven Deutschlandkarte kann man ab sofort nachsehen, wo in Deutschland Gen-Mais angebaut werden soll. Die Karte ist auf der Seite www.greenpeace.de/gen-mais-karte zu finden. Die Gen-Mais-Äcker in Bayern lassen sich mit Google-Maps sogar bis auf das Flurstück genau anzeigen. Brandenburgs Äcker sollen folgen. Grundlage für die Karten sind die im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) veröffentlichten Daten. Doch die Genauigkeit der Angaben hat derzeit Grenzen. Ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Angaben im Standortregister nur mangelhaft in den meisten Bundesländern kontrolliert werden.

"Auch dieses Jahr wird wieder riskanter Gen-Mais in Deutschland angebaut. Und das obwohl Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner versprochen hat, negative Folgen von Gen-Pflanzen für Umwelt und Gesundheit zu verhindern", sagt Stephanie Töwe, Gentechnik-Expertin von Greenpeace. "Die Kontrollen in Deutschland zum Anbau von Gen-Pflanzen sind ein Witz." Aktuelle Studien belegen, dass von Gen-Mais Gefahren für die Umwelt ausgehen. Zahlreiche europäische Länder haben deshalb den Anbau des Mais gestoppt. "Landwirtschaftsministerin Aigner muss sich daran ein Beispiel nehmen und auch in Deutschland den Gen-Mais verbieten", fordert Töwe.

Derzeit sind 3568 Hektar für den Anbau von Gentechnik angemeldet - 500 Hektar weniger als im vergangenen Jahr. Bezogen auf die Gesamtanbaufläche von Mais sind das derzeit 0,17 Prozent der Fläche. Dieser Anteil wird voraussichtlich noch geringer ausfallen. So sind in den vergangenen Jahren zunächst angemeldete Flächen später wieder abgemeldet worden. "Ökologisch war der Gen-Mais schon immer ein Desaster. Jetzt scheint er auch ökonomisch ein Flop zu werden", sagt Töwe.

Ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten macht deutlich, dass der Anbau zudem kaum überwacht wird. Jedes Bundesland kontrolliert nach eigenen Maßstäben. Einheitliche Regeln zur bundesweiten Überwachung gibt es nicht. Nicht erfasst wird in den meisten Bundesländern, ob ein Landwirt illegal Gen-Mais anbaut, er seine Nachbarn nicht wie vorgeschrieben informiert oder die Abstände zu benachbarten Maisflächen nicht eingehalten werden. Oft reagieren die Behörden nur auf Anzeigen von Dritten. Felder, auf denen Gen-Mais angebaut werden soll, müssen bis drei Monate vor der Aussaat gemeldet werden.

Ändert ein Bauer seine Pläne und will doch keine Gentechnik auf den angemeldeten Acker bringen, muss er dies dem Bundesamt unverzüglich mitteilen. "Genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Viele Gen-Bauern halten sich nicht an die Meldefristen und machen, was sie wollen. Landwirtschaftsministerin Aigner muss handeln und die Einhaltung der Vorschriften stärker kontrollieren lassen", so Töwe.

Internet: www.greenpeace.de/gen-mais-karte

=====

KRANKHEIT - FEHLBILDUNGEN

02.02.2009

China: Zahl der Fehlbildungen nimmt zu

Peking – In China wird nach Behördenangaben alle 30 Sekunden ein Kind mit körperlichen Fehlbildungen geboren. Rund 1,1 Millionen Kinder, insgesamt sieben Prozent der Neugeborenen in China pro Jahr, kämen mit Geburtsfehlern auf die Welt, sagte die stellvertretende Leiterin der Kommission für Familienplanung, Jiang Fan, nach Medienberichten vom Sonntag. Die Zahl der Kinder mit Missbildungen nimmt demnach sowohl in ländlichen als auch städtischen Regionen ständig zu.

Nach Ansicht der Medizinerin Hu Yali von der Nanjing Universität sind die Auslöser für die Geburtsfehler „sehr kompliziert“. So seien bei zehn Prozent der Fälle ausschließlich Umweltverschmutzungen dafür verantwortlich, bei 25 bis 30 Prozent die genetische Veranlagung. Die restlichen Fehlbildungen sind laut Hu auf beide Faktoren zurückzuführen.

Die höchste Rate an Geburtsfehlern gebe es in der nordchinesischen Provinz Shanxi, wo durch den Kohleabbau viele giftige Stoffe in der Luft seien, berichtete die Zeitung „China Daily“. Auch in anderen Industriezonen sei ein Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und Erkrankungen erkennbar.

...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=35276>

=====

LAERM

Die österreichische Lärmplattform: www.umgebungslaerm.at

Mit der Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – der Umgebungslärmrichtlinie – hat die Europäische Union einen wichtigen Schritt zu einer umfassenden rechtlichen Regelung von Lärm in der Umwelt gesetzt. Das Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz setzt diese Richtlinie auf Bundesebene in österreichisches Recht um. Ergänzt wird dieses durch verschiedene landesgesetzliche Regelungen.

<http://www.laerminfo.at/article/archive/17904>

20.01.2009

Immer mehr Jugendliche schwerhörig

Mannheim – Immer mehr Jugendliche in Deutschland sind schwerhörig. Die sogenannte Altersschwerhörigkeit beginne zum Teil heute schon mit 20 Jahren, erklärte der Deutsche Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte (HNO) am Dienstag in Mannheim.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=35102>

Anmerkung Scherrmann:

Ich verfolge die Laermverordnungen und die Kontrolle dieser Verordnungen seit fast 40 Jahren und habe immer wieder mit Schuelerinnen und Schuelern im und ausserhalb des Unterrichts ueber Laerm und seine Folgen diskutiert. Meines Erachtens sind die gesetzlichen Regelungen und die diesbeueglichen Kontrollen voellig unzureichend. Aber vor allem: es wird viel zu wenig aufgeklaert,

- was Schwerhoerigkeit im Alltag bedeutet, wie sie z. B. die Kommunikation Reduzieren kann, weil Fragen und/oder Antworten rein akkustisch nicht verstanden werden

- wie aus "normalem Reden" Anschreien werden kann,
- wie damit die Aggressivitaet steigen kann, etc. etc.

Es waere auch an der Zeit, oeffentlich zu diskutieren, ob in einer Demokratie die Selbstverwirklichung (durch das Hoeren lauter Musik) und die damit zusammenhaengende Belaestigung oder gar gesundheitliche Beeintraechtigung anderer Prioritaet hat, oder ob nicht auch Ruecksichtsnahme auf andere als wichtiger erachtet werden sollte.

Breitangelegte Aufklärungsprogramme über die Folgen von Lärm im Freizeitbereich sind meines Erachtens dringend erforderlich.

=====

RECHT

Urteil vom 17. 12. 2008

Kanzlei Mehrgardt und Haber, Rechtsanwälte
Land- und Forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, Der Rentenausschuss

Bescheid gemäß § 102 siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) über die Gewährung einer Rente auf unbestimmte Zeit nach §§56, 62 Abs. 2 SGB VII

Sehr geehrter Herr ,,,,
bei Ihnen wird eine **Parkinson'sche Erkrankung gem. § 9 Abs. 2 Sozialgesetzbuch - SGB -VII wie eine Berufskrankheit anerkannt.**
Eintritt des Versicherungsfalles ist nach ärztlicher Feststellung der 20.11.2001.

Folgen der Berufskrankheit:
motorische Störungen der rechten Hand im Sinne eines dominanten Parkinsonsyndrom vom Äquivalenztyp mit Tremor, Rigor und Akinese, Riechstörung.

Nicht-folgen der Berufskrankheit:
Polyneuropathie, Bandscheibenvorfall im LWS-Bereich

Pressemitteilung vom Büro Rechtsanwälte Hildebrand Mehrgardt und Sabine Haber, D-53913 Swistal

Erneut Parkinsonerkrankung eines Landwirtes durch Pestizide als Berufskrankheit anerkannt § 9 Absatz 2 SGB VII - 29. 12. 2008

Nach erstmaliger rechtskräftiger Anerkennung der Parkinsonerkrankung eines Landwirtes als Berufskrankheit durch das Landessozialgericht Mainz (Aktenzeichen: L 2 U 260/00) hat jetzt die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft erneut die Parkinsonerkrankung eines Landwirts bereits im Verwaltungsverfahren bestandskräftig anerkannt (Aktenzeichen 04287562). Der Landwirt erhält wie sein Kollege aus dem Rechtsstreit vor dem Landessozialgericht Mainz neben einer fortlaufenden monatlichen Verletztenrente für die zurückliegenden Jahre eine Nachzahlung. Zwischenzeitlich hatte der Europäische Gerichtshof die Zulassung des unter besonderem Verdacht stehenden Pestizid Paraquat untersagt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung hatte sich durch zahlreiche Studien veranlasst gesehen, unter Hinweis auf Paraquat auf das Risiko der Parkinson'schen Erkrankung durch Pestizide hinzuweisen. Der Weltkonzern Dole erklärte 2007, dass er zukünftig weltweit auf Paraquat als Pestizid verzichten wolle. In Verdacht, Parkinson zu verursachen, stehen grundsätzlich alle stark neurotoxischen Chemikalien, auch Nicht-Pestizide wie Quecksilber und Kohlenmonoxyd. Es kann erwartet werden, dass auch in diesem Zusammenhang zukünftig die Parkinsonerkrankung als Berufskrankheit anerkannt werden muss. Die Hoffnung ist berechtigt, dass sich jetzt nicht nur der Sachverständigenrat fuer Berufskrankheiten und das Bundesministerium fuer Arbeit und Soziales mit der Aenderung der Berufsrunderkrankungsliste befassen wird sondern dass im Interesse der Gesundheit der Landwirte wie auch der Verbraucher Produzenten von Pflanzenschutzmitteln sich mehr in die Pflicht genommen sehen. Die anerkannten Berufskrankheiten, das Urteil des europäischen Gerichtshofes, die Reaktion eines Weltkonzerns und Reaktionen bundesdeutscher Behörden lassen erwarten, dass bei der Frage nach der Verursachung von Erkrankungen des zentralen Nervensystems Belastungen am Arbeitsplatz weit mehr als bisher beruecksichtigt werden.

Anmerkung Scherrmann:

Dank und Gratulation an das Buero Haber und Mehrgardt, das mit seiner auusserst sorgfaeltigen Arbeit die Vorarbeit fuer dieses Urteil geleistet hat.

Änderung:

Ehemals "Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (Teil 2 SGB IX)" (AHP) werden ersetzt durch "Versorgungsmedizin-Verordnung mit den Versorgungsmedizinischen Grundsätzen"

Grundsätze der AHP bleiben erhalten, Merkzeichen RF fällt weg

<http://www.buzer.de/gesetz/8512/index.htm>

=====

INTERNET

Von PAN -Germany:

Neue Informationsserie zum vorsorgenden und alternativen Schädlingsmanagement im Haus Informationsblatt zur Bekämpfung von Kleidermotten

Das Ziel der Informationsarbeit ist es, den Einsatz problematischer chemisch-synthetischer Biozid-Produkte in Privathaushalten zu senken und das Bewusstsein für nicht-chemische Vorsorgemaßnahmen zu stärken.

Sie können sich das Informationsblatt aus dem Internet unter:

http://www.pan-germany.org/download/biozide/infoblatt_kleider-motten.pdf

herunterladen.

Das Informationsblatt liegt auch in gedruckter Form vor und kann gegen Zusendung eines adressierten und mit 1,45 € frankierten A4 Rückumschlags bestellt werden.

Weitere Informationen zum vorsorgenden und alternativen Schädlingsmanagement im Haus:

http://www.pan-germany.org/deu/projekte/biozidrisiken_mindern.html

Informationsblatt zu Lebensmittelmotten.

http://www.pan-germany.org/download/biozide/infoblatt_lebensmittel-motten.pdf

=====

ZEITSCHRIFT

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 22. Jahrgang, Ausgabe

Schwerpunkt: Titan in der Medizin

Inhalt u. a.:

Frank Bartram: **Titan als möglicher Verursacher lokaler und systemischer Gesundheitsstörungen – eine aktuelle praxisorientierte Zwischenbilanz**

Sabine Schuett und Cornelia Doebis: **Diagnostik der Titanunverträglichkeit**

Volker von Baehr: **Immunologische Grundlagen der Implantatunverträglichkeit unter besonderer Beachtung des Titans**

Lutz Hoehne, frank Bartram, Elisabeth Jacobi Grieser, Volker von Baehr: **Praxisstudie zur Evaluation immunologischer Untersuchungsmethoden bei Patienten mit (Titan-) Implantatverlust und vermuteten Implantat-assoziierten Entzündungserkrankungen – Zwischenbericht**

Wolfgang Baur: **Was ist Umweltmedizin? Antworten aus der Praxis eines niedergelassenen Umweltmediziners**

Inge Schmitz-Feuerhake: **Strahlendosis im Kontext von Kernkraftwerken und Leukämie – Modellrechnung versus Realität am Beispiel des Kernkraftwerks Krümmel**

Wolfgang Hien und Uwe Helmert: **Der verdeckte Einfluss der Tabakindustrie auf Personen und Institutionen der deutschen Arbeitsmedizin**

Horst Eger und Frank Neppe: **Krebsinzidenz von Anwohnern im Umkreis einer Mobilfunksendeanlage in Westfalen – Interview-basierte Piloterhebung und Risikoabschätzung**

Burkhard Tamm: **Insektizideinsatz im Ferienflieger – Welche Ansprüche hat der Passagier?**
Wilhelm Krahn-Zemol: **Expositionstestungen in rechtlichen Verfahren zum Nachweis von Gesundheitsschädigungen**

umwelt-medizin-gesellschaft erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S. Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand. Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte:

Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, E-Mail: info@umg-verlag.de Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====

POLTIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

05.03.09

Im Bundestag notiert:

Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes bei Gewässergrenzwerten für Schadstoffe

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/AS) Für Oberflächengewässer, die in das Grundwasser gelangen, sollen nach Angaben der Bundesregierung bestimmte Grenzwerte festgelegt werden. Dazu plant die Regierung eine entsprechende Verordnung. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/12003 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612003.pdf>) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/11823 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/118/1611823.pdf>) über die Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes bei Gewässergrenzwerten für Schadstoffe hervor. Grundsätzlich sollten oberirdische Binnengewässer, schreibt die Regierung weiter, zwar so bewirtschaftet werden, dass sie auch als Rohwasserressource genutzt werden können. Die vielfältigen Nutzungen der Gewässer in einem dicht besiedelten Gebiet wie Deutschland ermöglichen es aber nicht, diese Zielsetzung "flächendeckend" umzusetzen.

4.03.2009

Regierung: Keine Gesundheitsgefahr durch Drucker in Privathaushalten

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/AS) Die Nutzung von Druckern in Privathaushalten stellt nach Meinung der Bundesregierung "keine erkennbare Gesundheitsgefahr" dar. Die Emissionen einzelner Drucker seien ebenfalls zu gering, um daraus eine allgemeine Gefährdung für Kinder und Schwangere abzuleiten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/11935 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/119/1611935.pdf>) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/11728 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/117/1611728.pdf>) über Emissionen aus Laserdruckern und Kopiergeräten hervor. In Büros wurde beim Drucken mit Laserdruckern laut Untersuchungen der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) und des Bundesumweltamtes (UBA) zwar eine teilweise Freisetzung von Partikeln festgestellt, deren Konzentration sei aber geringer gewesen als die Belastung der Außenluft mit diesen Partikeln, schreibt die Regierung in ihrer Antwort weiter. Für eine erhöhte Partikelkonzentration durch Tonerpulver habe es hingegen keine Belege gegeben.

Insgesamt wurden in Deutschland nach Angaben der Bundesregierung im Jahr 2008 rund 6,5 Millionen Drucker, sowohl Laser als auch Tintenstrahldrucker, und 653.000 Kopierer verkauft. Seit

einigen Jahren wird in der Wissenschaft diskutiert, inwieweit Emissionen, insbesondere Partikelemission, dieser Geräte gesundheitsschädlich sein können.

Anmerkung Scherrmann:

Kategorisch festzustellen und die Devise herauszugeben: "Keine Gesundheitsgefahr durch Drucker in Privathaushalten" halte ich fuer unverantwortlich.

11.02.2009

Im Bundestag notiert: **Zulassung und Einsatz des Herbizids Glufosinat**

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MEN) Zulassung und Einsatz des Herbizids Glufosinat sind Gegenstand einer Kleinen Anfrage (16/11841 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/118/1611841.pdf>) der Fraktion Die Linke. Die Fraktion möchte unter anderem wissen, in welchem Umfang und für welche Obst-, Gemüse und Getreidearten Glufosinat angewendet wird.

6.01.2009 Im Bundestag notiert: **Belastung von Gewässern mit Tritium, das aus Atomanlagen stammt,**

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AS) Die Belastung von Gewässern mit Tritium, das aus Atomanlagen stammt, ist Thema einer Kleinen Anfrage (16/11828 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/118/1611823.pdf>) der Fraktion Die Linke. Sie fragt darin nach der Einschätzung der Bundesregierung hinsichtlich der Ergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Kinderkrebsregisters Mainz aus dem Jahr 2007. Danach liegt das Risiko für kleine Kinder an Krebs zu erkranken, höher, wenn ihr Wohnort an einer Atomanlage liegt. In diesem Zusammenhang möchte die Fraktion unter anderem wissen, ob die Gefahr besteht, dass Grund- oder Trinkwasservorräte mit Tritium belastet sind. Die Belastung mit Tritium ist, wie Die Linke schreibt, in Gewässern, die an Atomanlagen liegen, größer als an unbelasteten Flüssen.

30.01.2009

Im Bundestag notiert: **Bilanz des Informationsfreiheitsgesetzes**

Inneres/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/STO) Nach der Bilanz des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes für 2008 erkundigt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (16/11709 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/118/1611823.pdf>). Darin verweist die Fraktion darauf, dass jede Person auf Grundlage des Gesetzes unabhängig von ihrer persönlichen Betroffenheit ein Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht habe. Erfahren möchten die Abgeordneten unter anderem, wie viele Anfragen auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes 2008 an die Bundesministerien und die ihnen nachgeordneten Behörden gestellt wurden und wie vielen Anfragen vollständig oder teilweise stattgegeben wurde.

27.01.2009

Jahresgutachten soll Umweltbelastungen darstellen

Wirtschaft und Technologie/Antrag

Berlin: (hib/HLE) Die Umweltnutzung durch den Menschen und Umweltbelastungen sollen in die Berichte des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufgenommen werden. Dies fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (16/11649 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/116/1611649.pdf>). Dabei könne auf die umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse sollten in ein eigenes Kapitel aufgenommen werden und Bestandteil des

Jahresgutachtens werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert, dass in Deutschland gesellschaftlicher Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung immer nur mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts gemessen würden. Damit gingen auch umweltzerstörende Tätigkeiten und der Abbau von Ressourcen als wirtschaftliche Tätigkeiten positiv in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Der Sachverständigenrat selbst habe darauf hingewiesen, dass die Umweltzerstörung in den Berichten unberücksichtigt bleibe. Daher sollten umweltökonomische Gesamtrechnungen bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts berücksichtigt werden.

21.01.2009

Bundesregierung will mehr Sicherheit in Atomanlagen

Umwelt/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/AS) Kerntechnische Anlagen und Nukleartransporte sollen besser vor Terroranschlägen geschützt werden. Vor dem Hintergrund einer veränderten Sicherheitslage nach den Terroranschlägen in den USA, Madrid und London hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes (16/11609 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/116/1611609.pdf>) eingebracht. Das Zehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes sieht vor, dass künftig alle Personen, die mit Genehmigungs-, Planfeststellungs- oder Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz betraut sind, in Atomkraftwerken oder mit radioaktiven Stoffen arbeiten, auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft werden. Die Betroffenen müssen zuvor von der Überprüfung bei den zuständigen Behörden informiert werden.

Gleichzeitig regelt das Gesetz, dass sowohl für den Betrieb als auch für die Stilllegung der Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel (Niedersachsen) in Zukunft die Vorschriften über Endlager des Bundes gelten sollen. Das Kabinett hatte im November 2008 beschlossen, dass die Anlage nicht mehr wie bisher vom Helmholtz Zentrum München, sondern vom Bundesamt für Strahlenschutz betrieben wird.

=====

UBA

05.03.09

Schulen: Besser lernen in gesunder Luft Aktualisierter Leitfaden für die Innenraumhygiene an Schulen

Die neue Auflage des „Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden“ ist da. Die Innenraumlufthygiene-Kommission des Umweltbundesamtes (UBA) hat ihn umfassend überarbeitet und aktuelle Themen ergänzt. Auf 140 Seiten gibt es Tipps und Hilfen gegen Feinstaub, Kohlendioxid, andere chemische Stoffe und akustische Probleme an Deutschlands Schulen. UBA-Präsident Troge: „Bildung ist wichtig – eine gesunde Umgebung ist dafür unerlässlich. Unser neuer Leitfaden hilft Lehrkräften, Schulträgern, Aufsichtsämtern oder Eltern im Kampf gegen dicke Luft an Deutschlands Schulen.“ Für ein gutes Raumklima lässt sich oft mit wenigen Handgriffen sorgen, indem man zum Beispiel richtig und konsequent lüftet und beim Renovieren emissionsarme Produkte verwendet. Die richtige und schonende Reinigung in Schulgebäuden ist ebenfalls wichtig. Der Leitfaden gibt hierzu Tipps. Ferner enthält er Ratschläge zur richtigen Sanierung und Renovierung eines Schulgebäudes.

Ursachen für Luftverunreinigungen in Schulen sind etwa zu hohe Kohlendioxidkonzentrationen infolge luftdichter Fenster oder unzureichenden Lüftens. Zu viel Feuchtigkeit führt zu Schimmelbefall. Hinzu kommen Schadstoffemissionen aus Baustoffen und Reinigungsmitteln. Feinstaub belastet die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler zunehmend nicht nur auf dem Schulweg, sondern auch im Klassenraum – ganz egal ob er von außen eingetragen ist oder in der Schule verursacht wird.

Folgen der schlechten Luft sind bei Lernenden und Lehrenden gleichermaßen vor allem Kopfschmerzen, Müdigkeit und mangelnde Konzentrationsfähigkeit. „Gesunde Luft trägt wesentlich zum Lernerfolg bei. Weil Bildung wichtig ist, sollten die Verantwortlichen alles für saubere Luft in den Schulen tun. Regelmäßiges Stoßlüften in jeder kleinen Pause kann viel helfen“, so Troge weiter.

Troge rief ferner dazu auf, dringende Sanierungsarbeiten in Schulen nicht mit dem Hinweis auf andere, als wichtiger bezeichnete Ausgaben zurückzustellen. „Viele Schulgebäude weisen technische Mängel auf, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht tragbar sind“, so Troge. Zwar seien gerade in den vergangenen Jahren einige Schulgebäude umfassend saniert worden – etwa wegen des Verdachts auf Asbest, polychlorierte Biphenyle oder andere Schadstoffe. Nun sei es an der Zeit, sich den neuen Herausforderungen - wie dem Feinstaub, der schlechten Akustik oder dem immer noch verbreiteten Schimmel - zu widmen.

Der „Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden“ ist kostenlos erhältlich unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3689 .

Presseinfos online unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/presseinfo-aktuell.htm>

=====

Ende des newsletter/d/120

Diesen newsletter als pdf-Datei: <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2008/120.pdf> .

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web:

<http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates, unabhängiges, nicht kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt